Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 122. | Dresden, Montag den 29. Mai 1916 | 27. Jahrg.

Wilsons Richtlinien für den Frieden.

Washington, 28. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Präsident Wilson hielt gestern die erwartete Rede vor der Friedensliga, in der er sagte, die Ursachen des europäischen Krieges seien gegenwärtig unwesentlich. Die großen Nationen der Welt müßten ein Abkommen über die Grundlage ihrer gemeinsamen Interessen erreichen. Erstens sei jedes Volk berechtigt, seine eigene Souveränität zu wählen, zweitens hätten die kleinen Staaten das Recht auf die gleiche Achtung ihrer Souveränität und Integrität wie die großen Staaten. Drittens hätte die Welt einen Anspruch darauf, von jeder Störung des Friedens befreit zu werden, die von einem Angriff ausgehe. Wilson sagte zum Schluß, die Vereinigten Staaten seien bereit, sich jedem Bunde von Nationen anzuschließen, der sich zur Verwirklichung dieser Ziele und zu ihrem Schutze gegen eine Verletzung bilde.

Präsident Wilson erklärte weiter, Recht und Eigentum in den Vereinigten Staaten seien durch den Krieg sehr in Mitleidenschaft gezogen. Je länger der Krieg dauere, desto tiefer würden sie davon betroffen. Er sollte ein Ende nehmen. Sobald er beendet wäre, wären die Vereinigten Staaten ebenso wie die kriegführenden daran interessiert, daß der Friede ein dauernder werde. Wofern es überhaupt ein Vorrecht der Vereinigten Staaten sei, einen Vorschlag zu machen, oder die Friedensbewegung unter den kriegführenden Völkern anzuregen, **sei er sicher, daß das Volk der Vereinigten Staaten den Wunsch hege, daß die Regierung folgende Richtlinien innehalte.** Erstens: **Beilegung des Zwistes zwischen den Kriegführenden.** Was die Interessen der Vereinigten Staaten beträfe, so verlangten sie nichts Wesentliches für sich selbst. Sie seien in keiner Weise Partei im Streite. Zweitens: **Eine allgemeine Vereinigung der Nationen, um die Sicherheit der Hochstraßen der See für den gemeinsamen, unbehinderten Gebrauch aller Völker der Welt unverletzt aufrecht zu erhalten und um zu verhindern, daß ein Krieg begonnen werde entweder gegen diese Verträge oder ohne Warnung und ohne volle Unterwerfung der Ursachen unter die Meinung der Welt.** Das sei eine tatsächliche Bürgschaft für die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit.

*

Wilsons Richtlinien beziehen sich mehr auf einen Zustand unter den Staaten der Erde, der als Ziel zu erstreben ist, als auf die konkreten Fragen, die bei dem Friedensschlusse unmittelbar zur Lösung gelangen müssen. Wilson stellt allgemeine Grundsätze auf, aber er sagt nicht, wie diese Grundsätze in der Wirklichkeit zur Durchführung gelangen sollen. Dies aber wäre das wichtigste.

Erfreulich ist es, daß Wilson seiner Bereitschaft, der Friedensvermittlung zu dienen, von neuem Ausdruck gibt.

Die Friedensfrage vor der französischen Kammer.

Zum ersten Male in diesem Weltkriege ist auch in der französischen Kammer eine Andeutung zum Frieden gemacht worden! Das ist ein erfreulicher Vorgang, wenn auch das Echo, das der Friedensgedanke in Paris fand, leider noch ein sehr schwaches war.

Bei uns in Deutschland hat nicht nur eine große Partei, die Sozialdemokratie, seit vielen Monaten — im Reichstag und außerhalb des Reichstags — wiederholt in feierlichen Erklärungen und eindringlichen Reden dem Friedenswillen Ausdruck gegeben. Auch die deutsche Regierung hat seit Dezember 1915 vor aller Welt ihre Bereitschaft bekundet, in Friedensunterhandlungen einzutreten. Anders in Frankreich. Die französischen Sozialisten haben sich hartnäckig geweigert, die Verbindung mit den deutschen Sozialdemokraten durch Vermittlung des Internationalen Sozialistischen Bureaus wieder einzuleiten. Sie haben mehrere ihrer Führer als Minister in der Regierung, die durch Briand und Poincaré auch soeben noch heftigste Siegesreden hat erschallen lassen. „Solange unsere Gegner sich nicht für besiegt erklären, werden wir nicht aufhören zu kämpfen" — rief der Präsident der französischen Republik am 15. dieses Monats in Nancy. Und der Sozialist Marcel Cachin, der Freund des Ministers Sembat, erklärte kürzlich: „Wir billigen die Haltung Briands, der keinen verfrühten Friedensschluß will; erst müssen die Alliierten einen eklatanten Sieg erringen, dann soll die französische Regierung für den Friedensschluß eintreten."

Bei dieser in Frankreich noch andauernden Kriegspsychose ist es nicht zu verwundern, daß der leise Versuch, in der Kammer vom Frieden zu sprechen, von nationalistischen Kundgebungen übertönt und schnell unterdrückt wurde. Immerhin — eine schmale Bresche ist nun auch dort gebrochen. Der Friedensgedanke regt sich auch in Frankreich, er wagt sich hervor. Hoffentlich wird er bald stark genug, um sich kräftiger aufzurecken. **Hoffentlich besinnen sich endlich die französischen Sozialisten, daß sie nur ihr eignes Land ins Unglück stürzen, wenn sie sich weiter an Siegesforderungen berauschen und die gemeinsame internationale sozialistische Beratung über die Forderung des Friedens verweigern!**

Ein Bericht, den die Vossische Zeitung über Genf erhielt, schildert den Verlauf der Vorgänge wie folgt:

Sofort bei Beginn der Nachmittagssitzung am Freitag brachte der sozialistische Abgeordnete **Alexandre Blanc**, einer der Delegierten der Kienthaler Konferenz, eine Interpellation ein, in der er anfragte, warum die Militär- und Zivilbehörden Versammlungen, in denen die ständig wachsende Teuerung erörtert werden solle, verböten. Blanc führte aus: Der Minister Malvy hatte eine Versammlung in Avignon mit der Teuerungsfrage als Tagesordnung verhindert aus Furcht, daß Blanc in der Versammlung über seine Reise nach Kienthal sprechen würde. Man habe den Einberufern der Versammlung vorgeworfen, daß sie Revolutionäre wie Blanc als Redner zuließen. Wenn die sozialistische Partei revolutionär sei, wie erkläre die Regierung es sich, daß drei Mitglieder dieser Partei zu ihr selbst gehörten? (Beifall auf der Linken.)

Malvy erwiderte, die Militärbehörde habe es für nötig erachtet, gewisse Versammlungen, die zu Unruhen hätten führen können, zu verbieten. Die Versammlung in Avignon hätte zu derartigen Zwischenfällen führen können. Dem Präfekten sei bekannt geworden, daß gewisse ernste Kundgebungen (für den Frieden!) vorbereitet worden wären. Es dürfe aber nichts geschehen, was die Moral des Landes verwirren und seine Widerstandskraft schwächen könne.

Blanc brachte darauf eine Tagesordnung ein, wonach die Kammer das Versammlungsrecht der Arbeiterorganisationen und der Besprechung der Teuerungsfragen bestätigt. Malvy stellte dagegen das Vertrauensvotum, das mit 376 gegen 106 Stimmen angenommen wurde.

Der sozialistische Abgeordnete **Raffin-Dugens** brachte hierauf **eine Interpellation über die in letzter Zeit im Namen Frankreichs gehaltenen Reden Poincarés und Briands.**

Briand verlangt namens der Regierung **die Vertagung der Interpellation.**

Raffin-Dugens fährt fort: „Es gibt ein anderes, mit England verbündetes Land, wo sich Reden auf Reden folgen. Gewisse unter diesen Reden tragen statt zur Herbeiführung des Friedens zu dessen Verlängerung bei." Auf eine Unterbrechung des Präsidenten Deschanel erwidert Redner: „Ich will die Notwendigkeit meiner Interpellation begründen. Es ist mir ja verboten worden, meine Anfrage im Amtsblatt schriftlich niederzulegen. Eine Diktatur bereitet die andere vor!" (Großer Lärm.) Da Redner fortfährt: „Die zwei Völkergruppen, die sich aufeinanderstürzten", bricht die Rechte in lebhafte erregte Zwischenrufe aus.

Deschanel nimmt, zur Kammer gewandt, das Wort zu folgender Erklärung: „Ich begreife Ihre Gefühle. Wenn es einem Franzosen in den Sinn kam, anzunehmen, daß die Provokation zum Kriege nicht einzig und allein von Deutschland ausgegangen ist, so wäre das ein gotteslästerlicher Gedanke, der alle Franzosen brandmarken müßte. Wenn ich diesen Satz zuerst nicht beachtet habe, geschah es, weil ich nicht vermuten konnte, daß derartige Handlungen **von einem Franzosen begangen werden konnten.** (Die Mehrheit der Kammer erhebt sich und klatscht stürmischen Beifall.) Ich warne den Redner zum letztenmal."

Raffin-Dugens fährt fort: „Ich wollte nicht sagen, daß sich Frankreich auf Deutschland stürzte. Ich habe oft genug erklärt, wie die Völker von mehr oder minder schlechten Regierungen getäuscht und in den Abgrund gestürzt wurden. Ich habe oft genug die Taten des Deutschen Kaisers und der deutschen Militärkaste getadelt." (Zwischenrufe: Die Handlungen des deutschen Volkes sind zu tadeln!) **„Ich glaube, daß das Interview und die Rede Grens den Frieden herbeiführen können. Es darf nicht sein, daß in gewissen Verbandsländern gewisse Irrtümer den Grund für eine Verlängerung des Krieges bilden."**

Die Kammer lehnt dann durch Handerheben **die Besprechung der Interpellation** ab und bestätigt nach heftiger Beschwerde der äußersten Linken über die Geschäftsführung Deschanels, der keine Gegenprobe zugelassen habe, diesen Beschluß.

* * *

Aus dem Wenigen, was Raffin-Dugens sagen durfte, geht hervor, daß es seine Absicht war, auf den Unterschied zwischen den englischen und den französischen Regierungsäußerungen hinzuweisen. Dieser Unterschied ist auch in Deutschland bemerkt worden, deutlicher vielleicht als in Frankreich, wo die Rede Poincarés in Nancy das Greysche Interview mit beabsichtigtem Lärm übertönte. Durch die letzte Unterhausrede Grens ist zwar eine ziemlich weitgehende Ausgleichung an die französische Auffassung eingetreten, aber die Verschiedenheit der Abtönung bleibt trotzdem erkennbar und sie bedeutet für die französische Regierung einen sehr empfindlichen Punkt. Im französischen Volke soll nicht die Vorstellung aufkommen, daß eine der Entente-Regierungen weniger kriegsentschlossen sei als die französische Regierung, es soll der fromme Glauben erhalten bleiben, daß nur die deutsche Regierung nach dem Frieden ruft und daß sie es nur deshalb tut, weil sie von der Fortsetzung des Kriegs ihre sichere Niederlage erwartet. Darum hat Raffin-Dugens seine Friedensinterpellation nicht begründen dürfen.

Und noch in einem anderen Punkte ist das wenige, was Raffin-Dugens sagen konnte, und die Art, wie ihm begegnet wurde, überaus kennzeichnend. Seine Bemerkung, daß bei Kriegsbeginn zwei Völkergruppen aufeinanderstürzten, hat genügt, einen gewaltigen Tumult zu entfesseln und einen Protest des Präsidenten hervorzurufen, der von lautem Beifall der Kammermehrheit getragen wurde. Die bloße Andeutung des Gedankens, der Krieg könne noch andere Ursachen haben als die deutsche Niedertracht, ließ die Kammermehrheit wie von einer Tarantel gestochen aufspringen. Das deutsche Volk kann hier wie in einem Spiegelbild erblicken, in welchen Geisteszustand ein sonst geistreiches und kritisch veranlagtes Volk durch Kriegspsychose und schärfsten Belagerungszustand **versetzt werden kann.**

Französische Angriffe auf Cumières abgewiesen.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 29. Mai 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Feindliche Monitoren, die sich der Küste näherten, wurden durch Artilleriefeuer vertrieben.

Den Flugplatz bei Furnes bewarfen deutsche Flieger erfolgreich mit Bomben.

Auf beiden Ufern der Maas dauerte der Artilleriekampf mit unverminderter Heftigkeit an. Zwei schwächliche französische Angriffe gegen das Dorf Cumieres wurden mühelos abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

und

Balkan-Kriegsschauplatz:

Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Ein Leichterschiff torpediert.

† **Haag**, 28. Mai. Eines von den zwei Leichterschiffen, die von dem Schleppdampfer Lauwerzee von Rotterdam nach London gebracht wurden und am 25. Mai den Nieuwe Waterweg verließen, ist in der Nordsee von einem Unterseeboote torpediert worden und gesunken. Mit dem anderen Leichter kam der Lauwerzee wohlbehalten in London an. Menschenleben sind nicht verloren gegangen.

Der französische Heeresbericht.

† **Paris**, 29. Mai. Amtlicher Bericht von gestern abend: In der Champagne brachte das Feuer unserer Artillerie ein feindliches Munitionslager in der Gegend von Ville sur Tourbe zur Explosion. Heftige Beschießung der ganzen Gegend des Toten Mannes auf dem linken Ufer der Maas sowie des Abschnittes westlich des Thiaumontgehöftes auf dem rechten Ufer. Im Laufe des Tages keine Infanterietätigkeit. Auf der übrigen Front zeitweise aussetzende Artillerietätigkeit.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 29. Mai. Amtlicher Kriegsbericht vom 28. Mai. Westfront. In der Nacht zum 27. Mai griffen die Deutschen nach heftiger Artillerievorbereitung südlich des Dryswjati-Sees unsere Gräben an. Durch kräftiges Feuer unserer Artillerie und Infanterie zwangen wir die Deutschen, sich zurückzuziehen und in ihren Gräben zu verbergen. An der ganzen übrigen Front Gewehrfeuer. Feindliche Flugzeuge überflogen zahlreiche Abschnitte der Front. Eins von diesen wurde durch unser Feuer getroffen und mußte hinter der Stadt Illuxt niedergehen. — Schwarzes Meer: Unsere Unterseeboote versenkten an der anatolischen Küste im Feuer der Küstenbatterien und eines feindlichen Wasserflugzeuges eine große türkische Brigg. — Kaukasusfront: Auf der Front Rewandus-Dergala (20 Kilometer südöstlich Rewandus in Richtung Mosul) wiesen wir einen Angriff starker türkischer Kräfte ab.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160529/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG